



öffentlich

Betreff:

Keine Abführung von Geldern der GEWOBA an den städtischen Haushalt

Einreicher:

Stadtverordnete Grimm, Herzberg und Boede, Die Andere

Erstellungsdatum 21.04.2009

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.05.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		x

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass dem Stadthaushalt in den nächsten Jahren keine finanziellen Mittel durch die städtische Pro Potsdam GmbH zugeführt werden.

Die künftig jährlich zur Haushaltskonsolidierung vorgesehene Abführung von 2 Millionen € soll statt dessen für die Schaffung preiswerter Wohnungen für einkommensschwache Bevölkerungsschichten eingesetzt werden.

Ute Grimm

Carsten Herzberg

Lutz Boede

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Mit Verwunderung entnehmen wir der Presse, dass die städtische GEWOBA, die nach unserer Kenntnis mit hohen Kreditaufnahmen und Schulden belastet ist, künftig regelmäßig einen finanziellen Beitrag zur Entlastung des städtischen Haushaltes leisten soll. Demgegenüber beteuern die GEWOBA und die Stadtverwaltung immer wieder, dass die Schaffung kleiner, preiswerter Wohnungen aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei.

Wir empfinden diese öffentlichen Verlautbarungen und die geplante Gewinnabführung als widersprüchlich. Die GEWOBA sollte nach unserem Verständnis in erster Linie der Versorgung der Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum verpflichtet sein.